

Presse-Info

26.12.2007

Interview mit

Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
zur Neuauflage der Studie „Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern“

Frage 1: Sie haben heute die zweite Auflage der Studie „Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern“ veröffentlicht – was hat sich zum Vorjahr verändert?

Doering: Nicht viel. Im Vergleich zur Erstauflage der Studie im Vorjahr schnitten nur drei Bundesländer besser ab. Auf einer bis 10 Punkte reichenden Skala verbesserte sich Baden-Württemberg auf 7,3, Hessen auf 6,8 und Niedersachsen auf 6,7. Unverändert blieb der Wert nur in Bremen (5,3), in allen anderen Bundesländern war eine Verschlechterung zu verzeichnen.

Frage 2: Gab es dabei auch Ausreißer nach unten?

Doering: Nicht, wenn es um die Positionen geht, da liegen die neuen Länder weiter en bloc am Schluss und die Musterknaben Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze. Besorgniserregend ist allerdings die Lage beim Schlusslicht Berlin. Die Hauptstadt büßte im Index nochmals 0,7 Prozentpunkte ein, die stärkste Veränderung aller Länder und leider eine in die falsche Richtung.

Frage 3: Was waren die Kriterien dieser Studie?

Doering: Unsere Wissenschaftler messen den Grad der wirtschaftlichen Freiheit, der den Bürgern in den einzelnen

Ländern gewährt wird. Kriterien sind unter anderem der Umfang der Staatstätigkeit, die jeweilige Steuerlast und die Stärke staatlicher Eingriffe in den Markt. Die Studie ist angelehnt die die weltweit durchgeführte Untersuchung „Economic Freedom of the World“, die eindeutig zeigt: Mehr wirtschaftliche Freiheit geht Hand in Hand mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen, mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum und einer niedrigeren Arbeitslosigkeit.

Frage 4: Nun ganz konkret – wie stellt sich die Lage in den einzelnen Ländern dar?

Doering: Insgesamt hat sich der Mittelwert aller Länder leicht verschlechtert. Dafür sind allerdings die neuen Länder verantwortlich, denn in den alten Ländern ist der Wert konstant geblieben. Die negative Entwicklung in den neuen Ländern ist auch deshalb bedauerlich, weil es keine Ausnahme gibt. Schade, denn im Vorjahr hatten die neuen Länder noch aufgeholt. Am besten steht noch Brandenburg da, gefolgt von Thüringen, wo die Negativ-Tendenz am wenigsten ausgeprägt ist.

Unterdessen rückt Baden-Württemberg dem Spitzenreiter Bayern auf die Pelle. Hier beträgt der Rückstand nur noch 0,1 Punkte. Hessen macht mit der deutlichsten Verbesserung bald Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz die Plätze 3 und 4 streitig. Auch Niedersachsen kann zur Spitzengruppe aufschließen. Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen sind aber auch die einzigen Länder, die ihren Wert verbessern konnten.

Bei den Stadtstaaten bleibt Bremen stabil, Hamburg verzeichnet eine minimale Verschlechterung. Das Schlusslicht bildet weiter Berlin mit einem nochmals drastisch verschlechterten Wert. Unter den Flächenstaaten im Westen bildet Nordrhein-Westfalen das Schlusslicht.

Frage 5: Was ist in Bayern eigentlich konkret anders als in Berlin?

Doering: Vorteile in der wirtschaftlichen Freiheit erreicht Bayern vor allem durch den vergleichsweise geringen Staatskonsum, dem vergleichsweise geringen Investitionsanteil des Landes sowie durch die vergleichsweise geringen Sozialleistungen. Die bayerische Staatsregierung hat seit den siebziger Jahren den Staatskonsum auf niedrigerem Niveau stärker zurückgeführt als der Durchschnitt der anderen alten Bundesländer. 2005 erreichte der Staatskonsum in Bayern 15,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Berlin waren es 25,7 Prozent.